S 4 P 18/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Pflegeversicherung
Abteilung	7
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 4 P 18/02
Datum	14.05.2004

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 P 37/04
Datum	15.10.2004

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 14. Mai 2004 wird zurÄckgewiesen.
- II. AuÄergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die Bewilligung von Pflegegeld nach Pflegestufe III streitig.

Bei der 1950 geborenen KlÄgerin liegt als Folge eines 1973 erlittenen Verkehrsunfalles eine QuerschnittslÄhmung vor. Sie erhielt von der AOK P. zunÄchst Pflegegeld nach [Ä 53 SGB V](#) in HÄhe von monatlich 400,- DM. Ab 01.04.1995 bewilligte die Beklagte Pflegegeld nach Stufe II.

Ein HÄherstufungsantrag vom 28.01.2000 wurde von der Beklagten mit Bescheid vom 05.05.2000 abgelehnt, nachdem in den beiden von einer Pflegefachkraft des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen in Bayern (MDK) erstellten Gutachten vom 26.04. und 26.10.2000 ein Grundpflegebedarf von 167 Minuten und ein

hauswirtschaftlicher Pflegebedarf von 60 Minuten angenommen worden war.

Auf den erneuten Härtefallherstufungsantrag vom 30.04.2001 hin wurde die Klägerin am 23.08.2000 wiederum durch eine Pflegefachkraft des MDK zu Hause aufgesucht. In dem Gutachten vom 31.08.2001 wurde ein Grundpflegebedarf von 195 Minuten und ein Hilfebedarf in der hauswirtschaftlichen Versorgung von 60 Minuten angenommen. Mit Bescheid vom 03.09.2001 lehnte die Beklagte die Bewilligung Härtefallherer Leistungen ab. Den Widerspruch, mit dem die Klägerin den bei den einzelnen Verrichtungen erforderlichen Hilfebedarf schilderte, wies die Beklagte nach Einholung eines nach Aktenlage erstellten Gutachtens des Dr.K. vom MDK mit Widerspruchsbescheid vom 20.02.2002 zurück.

Das von der Klägerin angerufene Sozialgericht Landshut (SGG) hat einen Befundbericht des Dr.A. eingeholt und die Sozialmedizinerin und Medizinaldirektorin Dr.H. zur Sachverständigen ernannt. Diese hat die Klägerin am 01.04.2004 zu Hause aufgesucht und unter Einbeziehung der Angaben einer Pflegerin das Gutachten vom 05.04.2004 erstellt. Für die Grundpflege sei täglich ein Zeitaufwand von 130, für die hauswirtschaftliche Versorgung von 82 Minuten erforderlich.

Mit Urteil vom 14.05.2004 hat das SG die Klage abgewiesen. Nach dem Gutachten der Sachverständigen Dr.H. bestehe im Bereich der Grundpflege ein Hilfebedarf von insgesamt 130 Minuten täglich, für die Zuerkennung der Pflegestufe III wäre aber ein Hilfebedarf von 240 Minuten erforderlich. Auch benötige die Klägerin keine Hilfe zwischen 22 und 6.00 Uhr täglich für wenigstens eine Verrichtung.

Mit der Berufung macht die Klägerin geltend, dass Pflegepersonal benötige mehr Zeit für die Körperpflege als von Dr.H. angenommen werde, da wegen der starken Spasmen das Waschen, Ankleiden, die Fuß- und Nagelpflege, das Eincremen und die Vorbeugung gegen das Wundsein immer wieder unterbrochen werden müssten. Bedingt durch die Spasmen habe sie des Nachts Atemprobleme, weshalb eine Pflegeperson auf Zuruf bereit sein müsse, um sie neu zu lagern. Sie sei nicht in der Lage, den Blutdruck zu messen und selbstständig die Kreislauftropfen einzunehmen. Die Getränke und Speisen müssten durch die Pflegekraft zubereitet und bereitgestellt werden. Trotz des Sicherheitsgurtes rutsche sie wegen ihrer Gleichgewichtsprobleme im Rollstuhl nach vorne und müsse öfter am Tag zurückgezogen werden. Ihr Gesundheitszustand habe sich in den vergangenen drei Jahren um einiges verschlechtert.

Die Klägerin beantragt sinngemäß, den Bescheid vom 03.09.2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20.02.2002 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ab 30.04.2001 Leistungen nach Pflegestufe III zu bewilligen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird im Folgenden auf den Inhalt der Verwaltungsunterlagen der Beklagten und der Verfahrensakten beider

RechtszÃ¼ge Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¼nde:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung in zulÃ¤ssig [Â§ 143, 151](#) des Sozialgerichtsgesetzes â SGG -, ein AusschlieÃungsgrund ([Â§ 144 Abs.1 SGG](#)) liegt nicht vor.

In der Sache erweist sich das Rechtsmittel als unbegrÃ¼ndet. Zu Recht hat das SG die Klage abgewiesen, da die Voraussetzungen fÃ¼r Leistungen nach Pflegestufe III bei der KlÃ¤gerin gegenwÃ¤rtig nicht vorliegen.

Anspruch auf Leistungen nach Pflegestufe III besteht gemÃ¤Ã [Â§ 15 Abs.3 Nr.3 SGB XI](#), wenn der Zeitaufwand, den ein FamilienangehÃ¶riger oder eine andere nicht als Pflegekraft ausgebildete Pflegeperson fÃ¼r die erforderlichen Leistungen der Grundpflege und hauswirtschaftlichen Versorgung benÃ¶tigt, wÃ¶hentlich im Tagesdurchschnitt mindestens fÃ¼nf Stunden betrÃ¤gt, wobei auf die Grundpflege im Sinne des [Â§ 14 Abs.4 Nr.1](#) bis [3 SGB XI](#) mindestens vier Stunden entfallen mÃ¼ssen. Dies ist bei der KlÃ¤gerin gegenwÃ¤rtig jedenfalls nicht gegeben.

Dies steht auch zur Ãberzeugung des Senats aufgrund des schlÃ¼ssigen und Ãberzeugenden Gutachtens der SachverstÃ¤ndigen Dr.H. vom 05.04.2004 fest. Danach wird die KlÃ¤gerin morgens im Bett gewaschen, wobei sie selber nicht mithelfen kann. Dieser Vorgang einschlieÃlich des Abtrocknens dauert etwa 25 Minuten. Drei- bis viermal in der Woche werden die Haare gewaschen; einschlieÃlich des FÃ¶hnens fÃ¶hlt tÃ¤glich ein Aufwand von 20 Minuten an. Die Stuhlentleerung erfolgt nach ZÃ¶pfchengabe zweimal wÃ¶hentlich; fÃ¼r die Reinigung werden 20 bis 25 Minuten benÃ¶tigt. Die Entleerung des Harnbeutels ist sechs bis siebenmal am Tag erforderlich und beansprucht jeweils drei Minuten. Der Urinbeutel muss etwa zweimal wÃ¶hentlich gewechselt werden; entgegen den Angaben der Pflegerin erfordert dies jeweils fÃ¼nf Minuten an Stelle der angegebenen 15 Minuten, so dass ein tÃ¤glicher Pflegebedarf von einer Minute durchschnittlich besteht. Insgesamt betrÃ¤gt der Zeitaufwand in der KÃ¶rperpflege 68 Minuten.

Die Nahrungsaufnahme erfolgt durch die KlÃ¤gerin selbstÃ¤ndig. Allerdings mÃ¼ssen die Speisen mundgerecht zubereitet, d.h. festere Speisen kleingeschnitten werden, was zweimal zwei Minuten umfasst. FÃ¼r das Aufstehen zum Sitzen und das Zubettgehen sind jeweils drei Minuten erforderlich, da die VorgÃ¤nge wegen der Spastik lÃ¤nger als gewÃ¶hnlich dauern. Dies gilt ebenso fÃ¼r das Anziehen und das Entkleiden, so dass hierfÃ¼r jeweils 15 Minuten anzusetzen sind. Die KlÃ¤gerin wird mit Hilfe eines Deckenlifters aus dem Bett in den Rollstuhl verbracht und abends wieder zurÃ¼ck. Auch dieser Vorgang kann wegen der ein schieÃenden Spastik nur langsam ausgefÃ¼hrt werden, weshalb jeweils fÃ¼nf Minuten anzusetzen sind. ZusÃ¤tzliche Transfers fallen bei den wÃ¶hentlichen Hausbesuchen des Hausarztes bzw. den zweimal wÃ¶hentlichen Besuchen des Masseurs an; hierfÃ¼r sind nochmals dreimal wÃ¶hentlich jeweils 16 Minuten und damit tÃ¤glich sieben Minuten zu berÃ¼cksichtigen. Nach Angaben

der Pflegekraft wird die Klientin morgens gegen 6.30 Uhr einmal umgelagert, was fünf Minuten dauert.

Somit erfordert die Grundpflege täglich 130 Minuten. Hierbei kann dahinstehen, ob entsprechend den Angaben der Klientin nachts wegen ihrer Atemprobleme ein zusätzliches Umlagern anfallt, da sich in diesem Fall der Grundpflegebedarf auf 135 Minuten erhöhen würde und die für die Stufe 3 erforderlichen 240 Minuten deutlich nicht erreicht werden. Aus diesem Grunde kann auch dahinstehen, ob tatsächlich täglich in der Zeit zwischen 22.00 und 6.00 Uhr ein Hilfebedarf in Form dieses Umlagerens anfallt.

Die Angaben der Klientin in der Berufungsbegründung sind nicht geeignet, die Voraussetzungen der Pflegestufe III darzutun. Die Sachverständige Dr.H. hat in ihrem Gutachten ausdrücklich berücksichtigt, dass mehrere Verrichtungen wie das Haarewaschen und Föhnen, das Aufstehen und Zubettgehen, das An- und Ausziehen sowie die Transfers wegen der bestehenden Spastik länger dauern als üblich. Hilfe beim Messen des Blutdrucks und der Einnahme der Medikamente zählt nicht zur Grundpflege, sondern ist Behandlungspflege und bei der Festlegung der Pflegestufe nicht zu berücksichtigen. Das Zubereiten und Bereitstellen der Getränke und Speisen wiederum ist Teil der hauswirtschaftlichen Versorgung. Welcher Hilfebedarf insoweit anfallt, kann dahin stehen, weil die für die Grundpflege erforderlichen 240 Minuten aus den dargelegten Gründen nicht erreicht werden.

Somit war die Berufung der Klientin gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 14. Mai 2004 zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für die Zulassung der Revision gemäß [Â§ 160 Abs.2 Nrn.1](#) und [2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 14.02.2005

Zuletzt verändert am: 22.12.2024